

"Wir brauchen auf der linken Seite keine Nachhilfe"

*SPD-Landesvorsitzende Ypsilanti erteilt der Linken eine klare Absage
Im Gespräch mit Anke Petermann und Ulrich Ziegler*

Die Landesvorsitzende der hessischen SPD und Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, Andrea Ypsilanti, hat sich von der Partei der Linken deutlich distanziert. "Wir sind in Hessen die linke Volkspartei", sagte Ypsilanti. Die hessische SPD verfolge seit langem konsequent den Weg der sozialen Gerechtigkeit.

Deutschlandradio Kultur: Sie sind Spitzenkandidatin der SPD in Hessen. Wenn wir es richtig verstanden haben, werden Sie nach den Landtagswahlen im Januar eine kräftige Oppositionsarbeit machen. Richtig?

Ypsilanti: Das haben Sie falsch verstanden. Ich werde ab Januar, nicht gleich, aber nach der Konstituierung im April, die erste hessische Ministerpräsidentin sein.

Deutschlandradio Kultur: Dann würde uns gleich interessieren, wie Sie das fertig bringen. Ihr Generalsekretär hat diese Woche gesagt, "es wird weder eine Koalition mit der Linken geben, noch mit der CDU", und das, obwohl Sie, Frau Ypsilanti, vor kurzem eine Große Koalition als zwar "ganz schlechte Lösung" bezeichnet, aber eben nicht ausgeschlossen haben.

Ypsilanti: Zuerst fand ich die Koalitionsdebatte etwas langweilig. Mittlerweile finde ich sie ärgerlich, denn ich finde, ich gebe mir jedenfalls alle erdenkliche Mühe, mein Programm im Wahlkampf zu profilieren. Und ich möchte für meine Programmatik gewählt werden und nicht für meine Koalitionsaussagen. Zweitens halte ich es wirklich auch für einen bedenklichen Umgang mit dem Demokratieverständnis, schon jetzt zu entscheiden, mit wem man hinterher koalitiert, ohne das Votum der Wählerinnen und Wähler abgewartet zu haben. Man muss auch wissen, dass die Parteien, die im Moment diskutiert werden, ja nicht die einzigen bleiben werden. Es wird eine Partei der freien Wähler dazu kommen. Diese Ankündigung gibt es. Das heißt, es wird noch so viele Umfragen und so viele Verschiebungen geben, dass ich die Koalitionsfrage im Moment in der Tat für eine Geisterveranstaltung halte.

Deutschlandradio Kultur: Aber nicht ganz. Wenn Sie Ministerpräsidentin werden wollen, davon gehen wir aus, Sie haben das gesagt, werden Sie es wahrscheinlich nicht ganz alleine schaffen. Ob die SPD in Hessen auf 49 Prozent kommt, wagen wir mal zu bezweifeln. Also brauchen Sie Partner an Ihrer Seite, die Sie zur Ministerpräsidentin wählen. Das will der Wähler auch wissen, auch vor der Landtagswahl.

Ypsilanti: Natürlich muss man gucken, was die anderen Parteien für ein Programm haben. Mit welchen Personen treten sie an? Da ist jetzt schon abzusehen, dass es große Übereinstimmungen mit der Partei der Grünen gibt. Alles andere warten wir ab.

Deutschlandradio Kultur: Noch mal zur Großen Koalition. Wir wollen gern wissen: Was gilt jetzt, das, was Sie dazu gesagt haben, oder das, was Ihr Generalsekretär gesagt hat?

Ypsilanti: Es ist alles dazu gesagt und ich kann nur noch mal darauf hinweisen: Wenn Sie die Wahlprogramme von SPD und CDU vergleichen, gerade im Bereich der Bildungspolitik, im Bereich der Familienpolitik, aber auch im Bereich der Energiepolitik, zum Beispiel dass Roland Koch weiterhin Atomenergie möchte, für Biblis die Laufzeit verlängern möchte, dann finden Sie keine Deckungsmengen. Über alles andere reden wir im Januar. Dazu ist jetzt wirklich alles gesagt.

Deutschlandradio Kultur: Warum sagt denn der Generalsekretär definitiv, "es gibt keine Koalition mit der CDU"? Hat er jetzt die Wahrheit gesagt oder müssen Sie ihn demnächst entlassen, wenn es dann doch wieder anders wird?

Ypsilanti: Der Generalsekretär hat etwas zugespitzt das gesagt, was ich Ihnen eben auch gesagt habe.

Deutschlandradio Kultur: Dann wechseln wir mal die Seite und gehen auf die Inhalte.

Ypsilanti: Das ist sehr schön.

Deutschlandradio Kultur: Gut. Wenn wir mal gucken, was Andrea Ypsilanti in den letzten Jahren an politischen Äußerungen, die auch bundespolitisch für Interesse gesorgt haben, gemacht hat - nehmen wir mal das Stichwort Agenda 2010, Kritik auch an der Politik von Gerhard Schröder -, kommt einem manchmal der Verdacht, dass das eigentlich eine linke Position ist, die nicht nur innerhalb der SPD gefördert und der zugestimmt wird. Also die Frage: Gibt es denn Schnittmengen auf der linken Seite, wo Sie sagen, inhaltlich, jenseits der Koalitionsfragen, die wollen wir jetzt nicht klären, aber inhaltliche Schnittmengen, wo Sie sagen, da müssen wir mit den Leuten reden, damit die wieder zu Ihnen kommen?

Ypsilanti: Um das mal ganz klar zu stellen: Wir sind in Hessen die linke Volkspartei. Das haben wir auch in der Programmatik und in den inhaltlichen Aussagen von mir immer klar gemacht. Wir brauchen auf der linken Seite keine Nachhilfe. Zum Beispiel habe ich immer sehr großen Wert darauf gelegt, dass wir ein hervorragendes Verhältnis zu unseren Gewerkschaften haben. Das heißt, nicht nur die schönen Bilder vor der Wahl und dass man mit denen redet, sondern wir haben in den letzten Jahren im Bereich der Bürgerversicherung, im Bereich der Bildung, im Bereich der Tariftreue, im Bereich des Mindestlohns immer in Hessen sehr klare Vereinbarungen, Absprachen und Verlässlichkeit hergestellt, so dass wir auch von dieser Seite nichts zu befürchten haben. Wir sind in Hessen die linke Volkspartei.

Deutschlandradio Kultur: Haben Sie da ab und zu mal mit Oskar Lafontaine telefoniert?

Ypsilanti: Nein, noch nie.

Deutschlandradio Kultur: Interessanterweise - wenn Sie sagen, dass Sie mit den Gewerkschaften gut klar kommen - weiß man aber auch, dass viele Gewerkschafter in den letzten Jahren die SPD verlassen haben, gerade wegen der Reformpolitik unter Rot-Grün. Ist es Aufgabe der Spitzenkandidatin in Hessen zu versuchen, diese Leute wieder zurück in die SPD zu holen oder sind das Leute, die Sie schon verloren

geben, weil sie mittlerweile eben in einer anderen Partei organisiert sind?

Ypsilanti: Das ist die Aufgabe der Spitzenkandidatin, sich um die zu kümmern, die sich im Moment der SPD nicht zugewandt fühlen, die auch noch nicht bereit sind die SPD zu wählen. Um diese Stimmen kämpfen wir natürlich. Die wenigsten haben sich schon festgelegt - entweder mit einer Mitgliedschaft oder überhaupt mit einer Aussage, die Linkspartei zu wählen. Um diese Stimmen werden wir auf jeden Fall kämpfen.

Deutschlandradio Kultur: Sorgt die Existenz der Linken dafür, dass die SPD auch in Hessen weiter nach links rückt?

Ypsilanti: Ich hab's gerade klar gemacht, dass wir die linke Volkspartei sind. Ich habe Ihnen auch die Themen benannt: Von der Bürgerversicherung, wo es darum geht, die Lasten gerechter zu verteilen; in der Frage des Mindestlohns, wo wir in Hessen mit den Gewerkschaften schon eine Position erarbeitet hatten und die nach Berlin transportiert haben, da hat in Berlin noch nicht jeder über Mindestlohn geredet; in der Frage der Tariftreue, in der Frage eines gerechten Bildungssystems - wir haben in Hessen hier die richtigen Positionen, die auch klar machen, dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit sind.

Deutschlandradio Kultur: Willy Brandt sprach mal von einer "Mehrheit links der Mitte". Sehen Sie die in Hessen?

Ypsilanti: Ich sehe die in der Gesellschaft. Wenn wir uns anschauen, was in den letzten Wochen an Umfragen erhoben wurde, auch inhaltlich hinterlegt, dann stellen wir fest, dass es links der Mitte eine Mehrheit gibt. Die speist sich vor allem aus dem Bedürfnis einer gerechten Teilhabe, etwas davon zu haben, dass wir einen Aufschwung haben. Und wenn wir sehen, dass der Aufschwung in der Tat nicht bei allen ankommt, dann müssen wir darüber reden, wie wir Gesellschaft gestalten, dass alle etwas davon haben. Das ist die Aufgabe einer großen Volkspartei wie der SPD.

Deutschlandradio Kultur: Wenn sie das so gut macht, warum scheint im Moment auch bundesweit das Unbehagen der Sozialdemokraten an sich selbst und ihrer Politik in der Großen Koalition so groß zu sein?

Ypsilanti: Ich weiß nicht, ob das Unbehagen an sich selbst so groß ist. Richtig ist, dass wir eine Große Koalition in Berlin haben, die ja nicht der Wunsch - weder der SPD, noch der CDU - war, sondern das war das Ergebnis einer Bundestagswahl und das Ergebnis von Gesprächen mit kleineren Parteien, die nicht gefruchtet haben. Ich glaube nicht, dass sich wirklich jemand so ausdrücklich gewünscht hat, eine Große Koalition zu haben, wo man dann die großen Räder dreht, wie es immer hieß. Ich glaube schon oder ich bin davon überzeugt, dass die SPD viele Dinge in dieser Großen Koalition umgesetzt hat, jetzt gerade, wenn ich mir die letzten Wochen anschau, die Frage des Mindestlohns, wo sich ja wirklich was bewegt, oder jetzt die Frage des Ausbaus der Krippenplätze unter drei Jahren, wo sich jetzt auch der Bund finanziell beteiligt, oder die Frage des Kündigungsschutzes, wo die Sozialdemokraten sich durchgesetzt haben. Wir haben sehr viel bewegt, aber offensichtlich ist es schon so, dass die Kompromisse, die wir machen mussten, uns von unseren Wählern viel mehr übel genommen werden als die Kompromisse, die die CDU macht, von ihren Wählern.

Deutschlandradio Kultur: Das ist schon interessant. 26 Prozent bekäme die SPD nach jüngsten auf Bundesebene. Bei Ihnen in Hessen sieht es besser aus - 30 plus X, davon könnte man im Moment vielleicht ausgehen. Gibt es ein Wahlziel, wo Sie sagen würden, ja, mit so einer Größenordnung wäre ich zufrieden? Und können Sie uns erklären, warum im Moment in Hessen die Umfragewerte für die SPD besser sind als bundesweit?

Ypsilanti: Ich glaube, dass honoriert wird, dass wir in Hessen schon seit langer Zeit - ich behaupte, seit ich Landesvorsitzende bin - in der Frage der Glaubwürdigkeit, in der Frage des Eintretens für soziale Gerechtigkeit immer eine sehr klare Linie gefahren haben. Sie wissen auch, dass meine Position nicht immer honoriert wurde, weder von den Medien, auch von vielen Genossen in der eigenen Partei nicht - das gebe ich ehrlich zu. Aber ich glaube, dass es schon eine gewisse Anerkennung gibt für die Widerständigkeit und für die Gradlinigkeit, die die hessische SPD in dieser Frage gezeigt hat. Was mir auch sehr wichtig ist: Es war ja nie die Position der hessischen SPD, einfach nur nein zu sagen, so geht das nicht, sondern wir haben in allen Bereichen ja Vorschläge gemacht, wie es gehen könnte. Ich habe sie vorhin aufgezählt - die Bürgerversicherung, den Mindestlohn, die Tariftreue, die Frage der Ganztagschulen, die Frage der Familienpolitik. Also, wir haben aus Hessen auch immer inhaltliche Impulse nach Berlin transportiert.

Deutschlandradio Kultur: Kommen wir zur Landespolitik. Da fordern Sie auch glasklare Alternativen, vor allem in der Bildung. Sie wollen die frisch eingeführten Studiengebühren abschaffen. Sie wollen die flächendeckende Ganztagschule. Wie lässt sich das finanzieren? Das klingt alles teuer.

Ypsilanti: Das ist auch teuer. Ich antworte, obwohl ich das selten mache, bei dieser Frage auch gleich mit einer Gegenfrage: Können wir es uns überhaupt leisten, es nicht zu finanzieren?

Deutschlandradio Kultur: Nein, aber beispielsweise ist ja interessant, dass die Große Koalition in Berlin - von der Leyen, Kinderbetreuung - das nach langer Diskussion auch mit Herrn Steinbrück macht, zu der Entscheidung kommt, wir finanzieren das auch. Es gibt eine Gegenfinanzierung bei diesen Modellen, wie wir diese Woche aus Berlin hören. Von Ihnen wollen wir wissen, welche Gegenfinanzierung haben Sie bei Ihren Modellen?

Ypsilanti: Also, ich hätte ganz gern mal über die Inhalte meines Konzepts gesprochen, weil ich das für viel wichtiger halte. Ich habe immer gesagt, wir evaluieren natürlich unser Wahlprogramm und wir legen auch dar, wie wir es finanzieren. Wir werden natürlich einen Teil der Steuermehreinnahmen dazu ansetzen. Und man muss auch wissen, dass unser Programm ja nicht ein Programm ist, was in einem Jahr umgesetzt wird, sondern wir haben dazu eine Legislaturperiode. In dieser Legislaturperiode werden wir es finanzieren.

Deutschlandradio Kultur: Jetzt kommen wir zu den Inhalten. Stichwort Bildung: Die CDU hält ja am dreigliedrigen Schulsystem fest. Sie wollen es reformieren, aufgeben. Sie wollen die Gemeinschaftsschule. Aber hier in Hessen ist es so: Fast die Hälfte aller Schulabgänger macht Abitur. Das ist doch eine wunderbare Durchlässigkeit.

Ypsilanti: Sie sagen, "Sie wollen die Gemeinschaftsschule". Ich halte mal dagegen: Es ist mir eigentlich egal, welches Türschild an der Schule hängt, sondern wir haben einen ganz anderen Denkansatz. Unser Denkansatz ist, dass wir jedes Kind mitnehmen, kein Kind zurücklassen und es muss auch egal sein, ob die Eltern zu Hause bei den Hausaufgaben helfen können, ob die Eltern Hausaufgabenhilfe dazukaufen können, ob sich die Eltern mittags um ihr Kind kümmern oder ob Eltern berufstätig sind, ob Kinder einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Jedes Kind muss mitgenommen werden. Jedes Kind muss optimal gefördert werden. Und - das ist der entscheidende Unterschied - wir wollen, dass jedes Kind so lange wie möglich den besten Abschluss macht.

Deutschlandradio Kultur: Welches Bundesland möchte das nicht? Das möchte Herr Oettinger, das möchte Herr von Beust, alle wollen es.

Ypsilanti: Aber es werden ja viel zu viele Kinder zurückgelassen in einem dreigliedrigen Schulsystem, weil wir hier in Hessen in der vierten Klasse entscheiden müssen. Deshalb werden auch so viele Kinder aufs Gymnasium geschickt. Es gibt gar keine andere Chance, weil die Anschlussfähigkeit nach der vierten Klasse so gut wie nicht mehr existiert. Das heißt, ein Kind, das nach der vierten Klasse nicht aufs Gymnasium geht, hat hinterher auch kaum eine Chance Abitur zu machen. Und das halte ich für verwerflich, in einem Alter von zehn Jahren schon entscheiden zu müssen, welchen Lebensweg dieses Kind nimmt. Es gibt Frühentwickler und es gibt Spätentwickler. Wir wollen durch langes gemeinsames Lernen jedem Kind so lange wie möglich die Chance offen halten, auch den besten Abschluss zu machen.

Deutschlandradio Kultur: Die alte Gesamtschule?

Ypsilanti: Nein, natürlich nicht die alte Gesamtschule. Der Denkansatz von der Gesamtschule spielt mit Sicherheit eine große Rolle. Wir orientieren uns in der Tat am PISA-Sieger Finnland, die genau dieses Schulsystem haben, aber es muss schon auch eine ganz andere Schulform sein. Zum Beispiel gilt für diese Schulen, dass sie Ganztagschulen sein werden und dass sie auch entsprechend gut ausgestattet werden.

Wir haben da in Hessen, das muss man ganz offen auch zugeben, in der Sozialdemokratie in der Zeit, in der wir regiert haben, auch nicht immer alles richtig gemacht. Daraus haben wir gelernt. Und das werden wir jetzt besser machen. Das heißt, diese Schulen müssen auch entsprechend mit Personal und finanziell ausgestattet werden, um dies auch zu bewältigen.

Deutschlandradio Kultur: Wie sieht das Zeitfenster aus? Angenommen, Sie werden Ministerpräsidentin, wollen Sie von jetzt auf gleich sehr schnell versuchen diese Gemeinschaftsschule - oder wie Sie sie auch immer nennen mögen - einzuführen? Wollen Sie die Gymnasien dann abschaffen oder sind das Modellprojekte, wo man über Jahre versucht, sich so langsam mal experimentell an dieses Modell heranzuschleichen?

Ypsilanti: Nein, wir haben eine ganz klare Vorstellung, wie sich diese Schule entwickeln kann und wie diese Schule aussehen soll. Was aber auch ganz klar ist: Wir werden keiner Schule vorschreiben, du musst dich so entwickeln, wie wir uns das vorstellen, sondern wir wollen die Schule von unten reformieren. Auch da

haben wir gelernt. Das wird eine Entscheidung der Schulträger, der Eltern, der Schulen vor Ort sein, vielleicht auch von den Schülern, die mitentscheiden wollen. Wir wollen, wie gesagt, diese Reform von unten. Jede Schule, die sich so entwickeln will, wird unterstützt und kann sich so entwickeln. Und ein Gymnasium, das beschließt ein Gymnasium zu bleiben, wird ein Gymnasium bleiben.

Deutschlandradio Kultur: Das heißt, die Leistungselite geht dann weiterhin aufs Gymnasium?

Ypsilanti: Das glaube ich nicht. Wenn wir sehen, wie die Anmeldelage in Gesamtschulen bei den wenigen, die wir noch haben, im Moment ist, dann sehen Sie, dass der Andrang überhaupt nicht befriedigt werden kann. Es wollen viele Kinder auf die Gesamtschule, eben mit der Maßgabe, wir sind noch nicht so weit und lassen und etwas Zeit.

Deutschlandradio Kultur: Also eher die Schwächeren dann?

Ypsilanti: Es wird eine gute Mischung geben, da bin ich mir ganz sicher. Nicht jedes Kind, was heute aufs Gymnasium geht, ist da auch wirklich gut aufgehoben. Das ist ja teilweise mit viel Arbeit, mit viel Stress auch in der Familie verbunden, gerade bei G8. Ich glaube, dass viele Schulen sich ganz schnell auf den Weg zu so einer Schule machen werden.

Deutschlandradio Kultur: G8, also die verkürzte achtjährige Gymnasialzeit.

Ypsilanti: Ja, die verkürzte gymnasiale Schulzeit in der Sekundarstufe 1, die ich übrigens für eine Katastrophe halte. Ich spreche aus Erfahrung. Mein Kind ist ein G8-Schüler. Welchen Stress diese Kinder gerade in der Zeit haben, wo sie in die Pubertät kommen und andere Interessen haben, diesen Stoff zu bewältigen, ist enorm. Und ich weiß, dass viele Eltern, viele Familien, auch wenn sie vielleicht noch zwei Kinder haben, von diesem Schulstress komplett überfordert sind. Ich habe mittlerweile Kinderärzte, die mich anrufen und sagen: Wissen Sie eigentlich, wie es in unserem Praxen aussieht? Also, ich halte G8 für eine ganz, ganz schlechte Lösung.

Deutschlandradio Kultur: Wird es G8 mit Ihnen weiter geben?

Ypsilanti: Nein. Ich möchte G8 auf jeden Fall abschaffen. Das wird auch nicht von heute auf morgen gehen, aber wir möchten nicht mehr die Schulzeitverlängerung, dass das auch klar ist. Ich glaube, dass wir mit einer früheren Einschulung beginnen können. Das hat was mit dem Konzept frühkindliche Bildung zu tun. Und ich kann mir gut vorstellen, dass man in den letzten drei Jahren ein Kurssystem macht, wo man auch das Abitur schneller macht als in drei Jahren. Und dann kann man überall ein halbes Jahr einsparen. Das heißt, die Schulzeit muss nicht verlängert werden. Aber ich halte die Belastung in der Sekundarstufe 1 einfach für zu viel.

Deutschlandradio Kultur: Bildung ist ein zentrales Wahlkampfthema bei allen Landtagswahlen. Ein zweites wichtiges Thema für Sie sind erneuerbare Energien. Sie haben im Sommer dafür geworben, entsprechende Unternehmen besucht. Eigentlich denkt man, das ist das Feld der Grünen, weil die Grünen originär dieses Thema beackert haben. Wollen Sie denen Stimmen wegnehmen oder gemeinsam

das Thema noch weiter nach vorne treiben?

Ypsilanti: Ich möchte den Grünen keine Stimmen wegnehmen, aber ich möchte natürlich für meine Partei werben und auf politische Ideen gibt's auch kein Patentrezept. Die Frage des Klimawandels, die Frage der Energieversorgung, die Frage des Umgangs mit Ressourcen ist ein ganz drängendes Problem.

Deutschlandradio Kultur: Das sieht die Kanzlerin auch so.

Ypsilanti: Ja, das sieht die Kanzlerin auch so. Deshalb muss es auch in jeder Partei eine Rolle spielen. Bei uns spielt es eine ganz herausragende Rolle. Ich habe das zu wirklich einem Top-Thema gemacht, denn ich finde, dass die Sozialdemokratie, diese große Volkspartei, eine Antwort geben muss auf ein drängendes Problem, das wir jetzt haben für die Zukunft.

Deutschlandradio Kultur: Und dass Sie die Grünen vielleicht schwächen, wenn Sie dieses Thema in den Vordergrund stellen, nehmen Sie in Kauf?

Ypsilanti: Im Gegenteil. Wenn zwei Parteien das zu einem großen Thema machen, dass es große Aufmerksamkeit auf sich zieht, dass man glaubt, dass zwei Parteien das gemeinsam sehr gut und sehr schnell voranbringen. Weil ich glaube nicht, dass jemand seine Wahl für Grün oder Rot nur am Thema erneuerbare Energie festmacht. Ich glaube, es ist im Endeffekt eher eine kulturelle Frage.

Deutschlandradio Kultur: Und was machen wir, sollten Sie Ministerpräsidentin werden, mit den Atomkraftwerken die in Hessen stehen?

Ypsilanti: Das ist ja schon geregelt. Es gibt ja den Ausstiegsvertrag aus der Atomenergie und die Regel, dass Biblis A und B bis 2013 abgeschaltet werden. Da müssen wir nichts nachlegen.

Deutschlandradio Kultur: Obwohl Herr Koch das gerne machen würde.

Ypsilanti: Herr Koch würde das gerne machen. RWE möchte das ja auch gerne machen. Wir halten das für unverantwortbar, weil wir ja in den letzten Monaten auch gesehen haben, dass gerade die alten Atomkraftwerke sehr anfällig sind für Störungen. Deswegen werden wir an keiner Stelle hier nur irgendwie zögern. Ich halte das für unverantwortbar, nicht nur das, sondern ich halte es auch für unverantwortbar, weiter in Atomkraft zu bleiben. Denn die Frage der Endlagerung des Atommülls ist ja auch noch gar nicht geklärt.

Deutschlandradio Kultur: Auf Landesebene liegt die SPD ungefähr bei 33 Prozent, um die 30 Prozent. Auf Bundesebene liegt die SPD deutlich drunter. Was läuft hier in Hessen besser?

Ypsilanti: Wir haben in Hessen immer sehr, sehr klare und eindeutige Positionen bezogen in jeder Frage der sozialen Gerechtigkeit und das kann man runterbrechen. Das ist übrigens auch die Frage eines neuen Wirtschaftens, was ja mit der Frage der Energieversorgung auch verbunden ist. Also, dass zum Beispiel Energieproduzenten wieder die Kommunen und die Landkreise werden und die Wertschöpfung in den Regionen bleibt, das ist ein Riesenwirtschaftsprogramm für Hessen, also auch eine Frage der Gerechtigkeit, wie Regionen sich aufstellen. Die

Frage der Bildungspolitik, wo alle Kinder eine Chance haben, in der Frage der gerechten Verteilung, des Einsatzes für eine gerechte Gesellschaft, des Einsatzes dafür, dass keiner zurückbleibt, da haben wir eine eindeutig klare Position bezogen - auch, wie gesagt, manchmal gegen Widerstand. Das muss man, wenn man leidenschaftlich Politik macht und von einer Sache überzeugt ist, auch aushalten. Und das habe ich ausgehalten.

Deutschlandradio Kultur: Das machen Sie auch deutlich im Wahlkampf. Sie haben auch Unterstützung aus der Bundespolitik, beispielsweise durch den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck. Ziehen Sie da auch - was die Inhalte angeht - mittlerweile an einem gemeinsamen Strang? Das war ja nicht immer so.

Ypsilanti: Die Richtung stimmt. Die Richtung stimmt auch zwischen Kurt Beck und mir. In einer breiten Volkspartei ist man nicht immer an jeder Stelle einer Meinung. Ich bin froh und glücklich in einer Partei zu sein, wo Widersprüche auch diskutiert werden, wo mal eine Debatte geführt wird und wo man hinterher gemeinsam weitergeht. Natürlich habe ich solche Differenzen auch mit Kurt Beck, zum Beispiel in der Frage der Bahnprivatisierung. Das tragen wir freundschaftlich aus. Das heißt aber nicht, dass Kurt Beck und ich nicht hervorragend zusammenarbeiten. Sie wissen ja, dass er mich auch sehr engagiert im Wahlkampf unterstützt.

Deutschlandradio Kultur: Stimmt die Richtung auch, was die Diskussion im Vorfeld des Grundsatzprogramms angeht, das die SPD ja im Oktober verabschieden will. Da haben jetzt Matthias Platzeck, Peer Steinbrück und Frank Walter Steinmeier den konsequenten Erneuerungskurs der Regierung Schröder gelobt, das sei ein guter Anfang. Die Reformpolitik habe die SPD wieder auf Augenhöhe mit der Wirklichkeit gebracht. Sehen Sie das mittlerweile auch so?

Ypsilanti: Ich finde, man muss jetzt nicht zurückblicken auf die Agenda 2010, sondern es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie zu sagen: Wo wollen wir denn hin? Das ist im Moment die relevante Diskussion. Und ich glaube, da müssen wir uns überlegen, was ist das sozialdemokratische Projekt, also, mit der Überschrift: Wohin zieht die neue Zeit? Ich finde, die neue Zeit kann nur dahin ziehen, dass wir eine soziale Moderne definieren, wo der soziale Aspekt endlich eine ganz gewichtige Rolle spielt und nicht nur die Durchökonomisierung aller Lebensbereiche, die uns hinterher im Sozialen ganz viel kostet.

Deutschlandradio Kultur: Aber war da nicht die Agenda 2010 ganz besonders sozial, weil sie Hunderttausende Menschen mit neuen Arbeitsplätzen versorgt hat?

Ypsilanti: Also, wir haben jetzt einen Aufschwung. Das ist richtig. Wir müssen jetzt aber dafür sorgen, dass dieser Aufschwung auch überall ankommt. Das ist ja offensichtlich noch nicht der Fall. Und das ist auch die Frage von Sozialdemokratie, dass sie eine Vorstellung entwickelt, wie Arbeit, Ressourcen, materielle, immaterielle Güter gerecht in dieser Gesellschaft verteilt werden können. Da haben wir noch nicht an jeder Stelle, finde ich, eine wegweisende und langfristige Antwort, aber deshalb arbeiten wir auch am Grundsatzprogramm. Ich finde das toll, dass eine Partei so lebhaft über ihre Programmatik diskutiert.

Deutschlandradio Kultur: Aber werden wir denn, wenn dieser Grundsatzparteitag im Herbst dann über die Bühne gegangen ist, auch eine deutliche linke Handschrift in dem Grundsatzprogramm finden?

Ypsilanti: Das glaube ich schon. Aber, wie gesagt, selbst ein Grundsatzprogramm, das über die Zeit hinausweisen muss, wird nie das Ende einer Diskussion bedeuten. Ein Grundsatzprogramm legt Grundwerte fest, legt Grundorientierung fest.

Deutschlandradio Kultur: Aber auch da kann sich die Linke einbringen.

Ypsilanti: Natürlich wird sie sich einbringen, sie hat sich ja auch schon eingebracht. Wie gesagt, die Abschlussdiskussion werden wir dann im Oktober führen.

Deutschlandradio Kultur: Wir danken ganz herzlich für das Gespräch, Frau Ypsilanti.

Ypsilanti: Bitteschön.

Interview vom 02.09.2007, gesendet auf Deutschlandradio Kultur um 13:07.

Quelle: Deutschlandradio Kultur,
<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/tacheles/664264/>